

Sitzung vom 22. März 2000

477. Dringliche Anfrage
(Olympische Winterspiele Graubünden/Zürich)

Die Kantonsräte Hans-Peter Portmann, Kilchberg, Werner Furrer, Zürich, Peter F. Biemann, Zürich, und Mitunterzeichnende haben am 28. Februar 2000 folgende Anfrage eingereicht:

Im Hinblick auf die Anfrage des Initiativkomitees «Olympische Winterspiele 2010 Graubünden» und der involvierten Bündner Gemeinden betreffend eine Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich haben wir auf Grund des gegebenen Zeitdruckes für die Planungsgremien folgende dringliche Fragen an den Regierungsrat:

1. Sieht der Regierungsrat bei einer Beteiligung von Zürich an allfälligen Olympischen Winterspielen den Nutzen für Gesellschaft, Wirtschaft und Gewerbe in unserem Kanton?
2. Ist der Regierungsrat bereit, zusammen mit der Stadt Zürich allfällige Unterstützungsarbeiten und Beiträge zum Gelingen für solche Spiele in Graubünden zu leisten?
3. Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, dem Initiativkomitee «Olympische Winterspiele 2010» beizutreten und sich für eine Olympiade Graubünden/Zürich einzusetzen?

Der Kantonsrat hat die Anfrage am 28. Februar 2000 dringlich erklärt.

Auf Antrag der Direktion für Soziales und Sicherheit
beschliesst der Regierungsrat:

I. Die dringliche Anfrage Hans-Peter Portmann, Kilchberg, Werner Furrer, Zürich, Peter F. Biemann, Zürich, und Mitunterzeichnende wird wie folgt beantwortet:

Nachdem im letzten Jahr die Bewerbung von Sitten für Olympische Winterspiele 2006 in der Schweiz («Sion 2006») im dritten Anlauf gescheitert war, bestehen wieder drei neue Initiativen für die Durchführung eines solchen Anlasses in unserem Land (Berner Oberland, Montreux, Graubünden). Für den Kanton Zürich steht das Vorhaben für Olympische Winterspiele 2010 in Graubünden im Vordergrund.

Eine unter dem Vorsitz des Bündner Ständerates Christoffel Brändli stehende «Arbeitsgruppe Olympische Winterspiele Graubünden 2010» hat eine Projektskizze für die Durchführung Olympischer Winterspiele im Kanton Graubünden ausgearbeitet. Grundsatz bildet dabei eine Bündner Einheitskandidatur, wobei ein ergänzender Einbezug der Stadt Zürich mit dem Hallenstadion vorgesehen ist. Offen gelassen wird deren allfällige erweiterte Einbindung. Die Austragungsorte wären auf drei Bündner Regionen und eine Zürcher Region (Stadt Zürich) aufgeteilt. Mit einem am 3. März 2000 eingegangenen Schreiben an den Regierungsrat hat die Arbeitsgruppe – anknüpfend an die konkreten Vorstellungen in der Projektskizze – Fragen zu einer finanziellen Beteiligung des Kantons Zürich an der Kandidatur für Olympische Spiele sowie an deren Durchführung gestellt.

In der Projektskizze der Arbeitsgruppe wird grundsätzlich die wirtschaftliche Bedeutung der Spiele für den Kanton Graubünden beleuchtet. Es ist aber davon auszugehen, dass – in Abhängigkeit vom konkreten Einbezug der Stadt bzw. der Region Zürich – auch Impulse auf den Wirtschaftsraum Zürich und damit das Gewerbe und die Wirtschaft des Kantons Zürich ausgehen würden. Wie «Sion 2006» zudem gezeigt hat, ist eine Kandidatur für Olympische Winterspiele geeignet, eine weite Bevölkerungskreise erfassende Begeisterung auszulösen und die Sportbewegung in der Schweiz zu fördern.

Der Regierungsrat hält die Durchführung Olympischer Winterspiele in Graubünden für prüfenswert. Zum heutigen Zeitpunkt wären konkrete Unterstützungszusagen ebenso verfrüht wie Äusserungen zur allfälligen Einsitznahme des Regierungsrates in Gremien des Projekts. Der Positionsbezug der betroffenen bzw. für die Durchführung vorgesehenen Gemeinden, Städte und Regionen steht noch aus und der Regierungsrat des hauptbeteiligten Kantons Graubünden hat sich ebenfalls noch nicht offiziell zum Projekt ausgesprochen. Unter der Voraussetzung eines Rückhalts bei Behörden und Bevölkerung der primär betroffenen Bündner Gemeinden ist der Regierungsrat gewillt, die weitere Projektarbeit für Olympische Winterspiele in Graubünden mit Einbezug der Stadt bzw. Region Zürich zu unterstützen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Staatskanzlei.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi